

Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten NGG Region Niederbayern

29. November 2008 in Natternberg/Deggendorf

Arbeitnehmer zwischen Finanzkrise und Umverteilungspolitik – welche Auswege gibt es?

Gliederung

1. Finanzkrise: die Kleinen bezahlen	2
2. Wer hat, dem wird gegeben	6
3. Heuschrecken werden steuerlich angelockt	9
4. Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge ist systemwidrig und ungerecht	12
5. Einkommensteuerreform 2006/07: Nur die Arbeitnehmer zahlen mehr	13
6. Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von gesetzlichen Sozialabgaben ist widersinnig und ungerecht.....	13
7. Zusammenfassung.....	14

1. Finanzkrise: die Kleinen bezahlen

1.1 Ein kleines Gedicht

Wenn die Börsenkurse fallen, regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf: Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhökern diese Knaben Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los, den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten tun sie sich mit Derivaten:
Wenn Papier den Wert frisierst, wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen, haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus heißt, Bewohner müssen raus.

Triffst's hingegen große Banken, kommt die ganze Welt ins Wanken -
auch die Spekulantenbrut zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden? Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat, die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite, und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen hat der Kleine Mann zu blechen
und - das ist das Feine ja - nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen, fängt von vorne an der Reigen -
ist halt Umverteilung pur, stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht: Dann wird bisschen Krieg gemacht.

Leider nicht von mir, sondern von Kurt Tucholsky veröffentlicht 1930 in der Zeitschrift "Die Weltbühne".

1.2 Ursache der Finanzkrise

Die gegenwärtige Krise des Finanzsystems hat ihre tiefer liegende Ursache in der Überschuldung der das Finanzsystem tragenden westlichen Staaten und ihrer Bürger – allen voran der USA und ihrer privaten Haushalte. Diese haben über Jahrzehnte ein Schuldenvolumen angehäuft, das nur mit rigorosen Ausgabeneinschränkungen über lange Zeit rückführbar wäre. Hierzu sind die Bürger – sowohl als die die Politik letztendlich bestimmende Wähler, als auch als private Konsumenten – nicht freiwillig bereit. Es wird aber letztendlich durch die wirtschaftlichen Mechanismen erzwungen werden. Niemand kann

auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das Platzen der in den USA basierten Hypotheken-Blase ist nur ein erster Kollaps in einem Teilbereich, hat aber gezeigt, wie labil das gegenwärtige Finanzsystem schon ist.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat bei vielen Panik hervorgerufen, kurzfristige Reaktionen, die je nach zukünftiger Entwicklung fatale Folgen haben werden. Kein Wunder, da sogar Staatsbankrotte drohten. Alles steht und fällt derzeit mit dem Glauben in bunt bedrucktes Papier – unser heutiges Papiergeld. Diesen Glauben müssen Notenbanken und Politik unbedingt erhalten, koste es was es wolle. Deshalb geben die Politiker in der ganzen Welt so dramatisch viel Kapital, das sie alle nicht haben. Und, deshalb reden die Politiker nicht über die in der Überschuldung bestehende Grundursache. Schließlich erhöhen sie die Überschuldung ihrer Staaten mit den Stützungsmaßnahmen gerade drastisch weiter.

Die weltweiten Rettungspakete für die Banken haben etwas Zuversicht zurück gebracht. Zu recht? Ja, es ist etwas Zeit gewonnen. Aber, dem Grunde nach handelt es sich nur um die Behandlung von Symptomen. Wer ehrlich ist, kann – trotz der Maßnahmen und Versprechen der Politik, trotz des Einsatzes von so unvorstellbar vielem Geld – angesichts des Grundproblems der Überschuldung nicht mit Gewissheit sagen, wie es in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren wirklich weitergeht. Bemüht man sich um ein wenig Abstand, lassen sich jedoch mögliche Szenarien und deren jeweiligen Auswirkungen auf die im privaten Vermögen „gebunkerte“ Kaufkraft erkennen.

1.3 Gegenwärtige Lage

Das derzeitige Welt-Finanzsystem ist durch die praktisch nicht mehr rückführbare Überschuldung der Staaten und ihrer privaten Verbraucher in seinen Grundlagen ausgehöhlt. Die vorhandenen gigantischen Papierwerte überschreiten die vorhandenen Sachwerte ungefähr um das 10-fache. Die Papierwerte haben also keine Deckung.

Das Finanzsystem ist deshalb nur noch auf Glauben, sonst nichts, aufgebaut. Wir müssen alle miteinander glauben, dass wir mit bunt bedrucktem Papier – nur weil darauf z. B. „100 EURO“ aufgedruckt ist – eine Kaufkraft von 100 EUR „bunkern“ und transferieren können. Ein solches Papier-Finanzsystem kann nur so lange existieren, solange dieser Glaube bestehen bleibt.

Die volkswirtschaftliche Aufgabe des Bankensystems, die Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen – insbesondere aus dem von den Notenbanken ausgegebenen Geld, wird z. Z. nicht erfüllt. Die Banken reichen das Geld einander nicht mehr weiter. Als Insider wissen die Banken um das hohe aktuelle Risiko, dass eine empfangende Bank in dem Moment Pleite geht und das Geld ist weg. Deshalb haben viele Banken nicht mehr ausreichend Liquidität. Der Wirtschaftsmotor wird nicht mehr durch die zwei notwendigen monetäre Faktoren am Laufen gehalten – eine ausreichende Geldmenge und eine ausreichende Geschwindigkeit des Geldumlaufs. Die Finanzsystemkrise weitet sich aus diesem Grunde zur allgemeinen Wirtschaftskrise aus, die wiederum auch das Finanzsystem weiter in den Strudel zieht.

Zur Überwindung der Liquiditätsengpässe werden seit vielen Monaten weltweit durch die Notenbanken und die Politik unvorstellbar hohe Summen auf den verschiedensten Wegen in das Finanzsystem geschleust. Und, mit gewaltigen staatlichen Garantien soll der Geldumlauf zwischen den Banken wieder in Gang gebracht werden. Alles erfolgt mit dem einzigen Ziel, den Glauben in das Papiergeld, auf dem das gegenwärtige Finanzsystem aufgebaut ist, zu erhalten, koste es was es wolle – jetzt und in Zukunft.

1.4 Zukunfts-Szenario 1: Das Crash-Szenario

Den Notenbanken und der Politik gelingt es nicht, den Glauben in das Papiergeld zu erhalten. Immer mehr Menschen laufen zur Bank, um Ihr Erspartes abzuheben, weil sie erkennen, dass die Zusage der Politiker „ihre Spareinlagen sind sicher“ im Ernstfall nicht eingehalten werden kann. Die Höhe der gesamten europäischen Spareinlagen übersteigt die Finanzkraft der Staatengemeinschaft bei weitem. (Die gegenwärtigen ernstesten Gesichter der Notenbanker und Politiker und zeigen, dass diese das wissen.) Bei einem solchen sogenannten Banken-Run wird den Banken innerhalb kürzester Zeit die Liquidität ausgehen. Die Mehrheit der Bankkunden wird nie zu Ihrem Geld kommen. Die Papierwährungen werden kippen, das Vertrauen schlagartig vollständig verloren gehen. Diejenigen die noch Geld bekommen, werden versuchen, es so schnell wie möglich in Waren (Sachwerte) umzusetzen. So werden bspw. die Supermärkte in kürzester Zeit leer gekauft. Die Banken und die Staatengemeinschaft werden kollektiv eine Bankrott-Erklärung abgeben. In Deutschland gehen damit ca. 80 Prozent des liquiden Volksvermögens verloren. Alle, die Ihr Vermögen in Geldwerte investiert haben, zahlen dann die große „Rechnung“. Sie verlieren die Kaufkraft allen Geldes, welches auf Giro-, Fest- und Tagesgeldkonten oder in Anleihen (einschließlich Staatsanleihen), sonstigen Schuld-Verbriefungen sowie in kapitalbildenden Lebensversicherungen investiert ist oder in bar vorgehalten wird. Wer auf Papierwerte setzt, gleich in welcher Form, lebt also in der Gefahr, dass er im Extremfall den Neubeginn mit einer Null auf dem Konto startet.

Eine prinzipiell bessere Ausgangsbasis in dem nachfolgenden Finanzsystem haben alle, die nicht auf Papierwerte, sondern auf Sachwerte gesetzt haben. Die machen zwar in dem Moment, in dem der Crash passiert, auch keine Freude, da es kein Geld gibt, mit dem die Sachwerte wertentsprechend flüssig gemacht werden können. Aber in der darauf folgenden Konsolidierungsphase des neuen Finanzsystems werden die Sachwerte nach und nach wieder entsprechend ihrem realen Wert, der ja erhalten geblieben ist, liquidierbar. Damit ist die in den Sachwerten „gebunkerte“ Kaufkraft in das neue Finanzsystem übertragen.

1.5 Zukunfts-Szenario 2: Das Inflations-Szenario

Den Notenbanken und der Politik gelingt es bis auf weiteres, den Glauben in das Papiergeld zu erhalten. Die Papierwährungen kippen (dieses mal noch) nicht. Dann hat 80 % des deutschen Geldvermögens noch mal Glück gehabt – vorerst, solange das unsäglich viele Geld, welches in dieser Finanzkrise in das System geschleust wurde, noch nicht in den Umlauf gelangt ist. Sobald der Geldumlauf wieder voll in Gang kommt, werden die ungeheuren Geldmengen eine unstillbare Nachfrage entfalten. Waren, Güter, Rohstoffe, Nah-

rungsmittel – einfach alles – werden hohe Preissteigerungen erfahren. Preissteigerungen, die wir seit Generationen nicht mehr kennen.

Auch bei diesem Szenario verlieren Geldwertanlagen also einen großen Teil ihrer Kaufkraft, nur nicht schlagartig – wie bei Szenario 1 – sondern gleitend.

Sachwertanlagen dagegen werden die hohen Preissteigerungen mitmachen. Ihr Wert bleibt auch in der galoppierenden Inflation erhalten und damit die in den Sachwertanlagen „gebunkerte“ Kaufkraft.

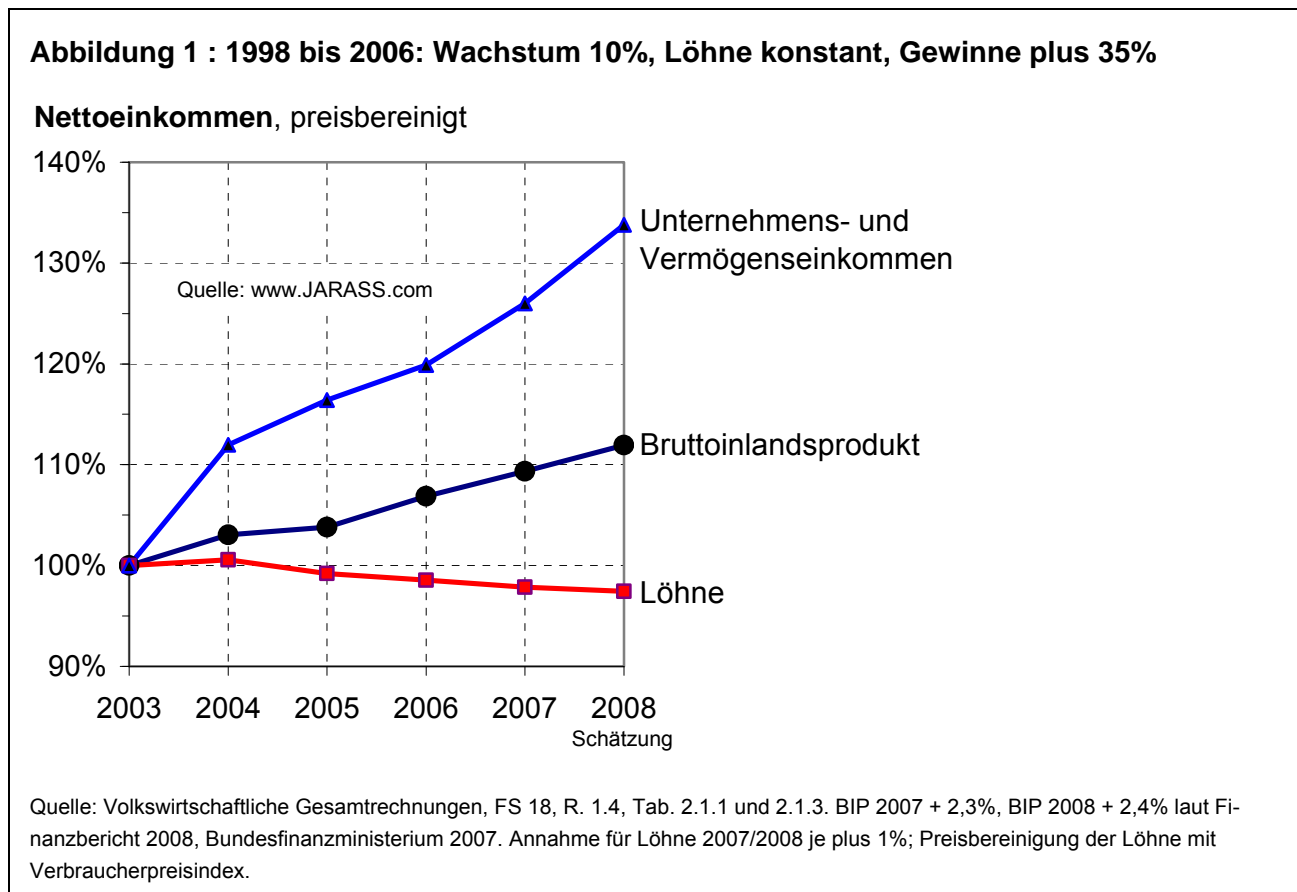
2. Wer hat, dem wird gegeben

Die folgende schlaglichtartige Skizze der Einkommensentwicklung von Arbeitnehmern und von Unternehmen sowie ihrer tatsächlichen Steuer- und Abgabenbelastung verdeutlicht die größer werdende Einkommensschere.

2.1 2003 bis 2008: Wachstum 12%, Löhne minus 3%, Gewinne plus 35%

Die deutsche Wirtschaft ist von 2003 bis 2008 um über 10% gewachsen. Die Arbeitnehmer profitierten davon nicht, ihre Löhne sind – preisbereinigt – leicht gesunken. Den gesamten Zuwachs bekamen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die um 30% gestiegen sind.

Nach den Prognosen werden 2008 die Löhne zwar deutlich steigen, aber der Zuwachs wird durch die Preissteigerung aufgeessen.

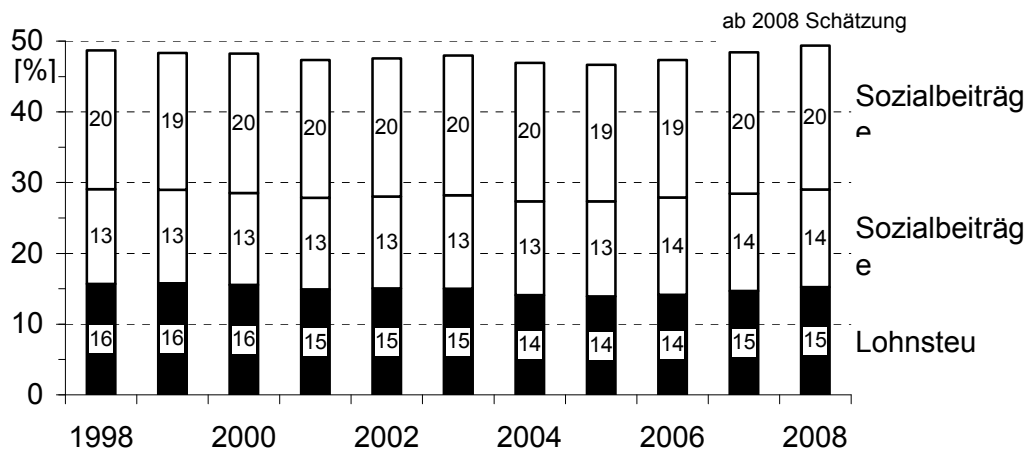


2.2 Deutschland belastet Arbeitseinkommen sehr hoch

Die nominale wie auch die tatsächlich bezahlte Steuer- und Abgabenbelastung von Löhnen beträgt seit Jahren fast 50%; sie resultiert aus:

- Sozialbeiträgen der Arbeitgeber von rund 20%,
- Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer von knapp 15% und einer
- Steuerbelastung von rund 15%.

Abbildung 2 : Tatsächlich auf Löhne bezahlter Steuer- und Abgabensatz



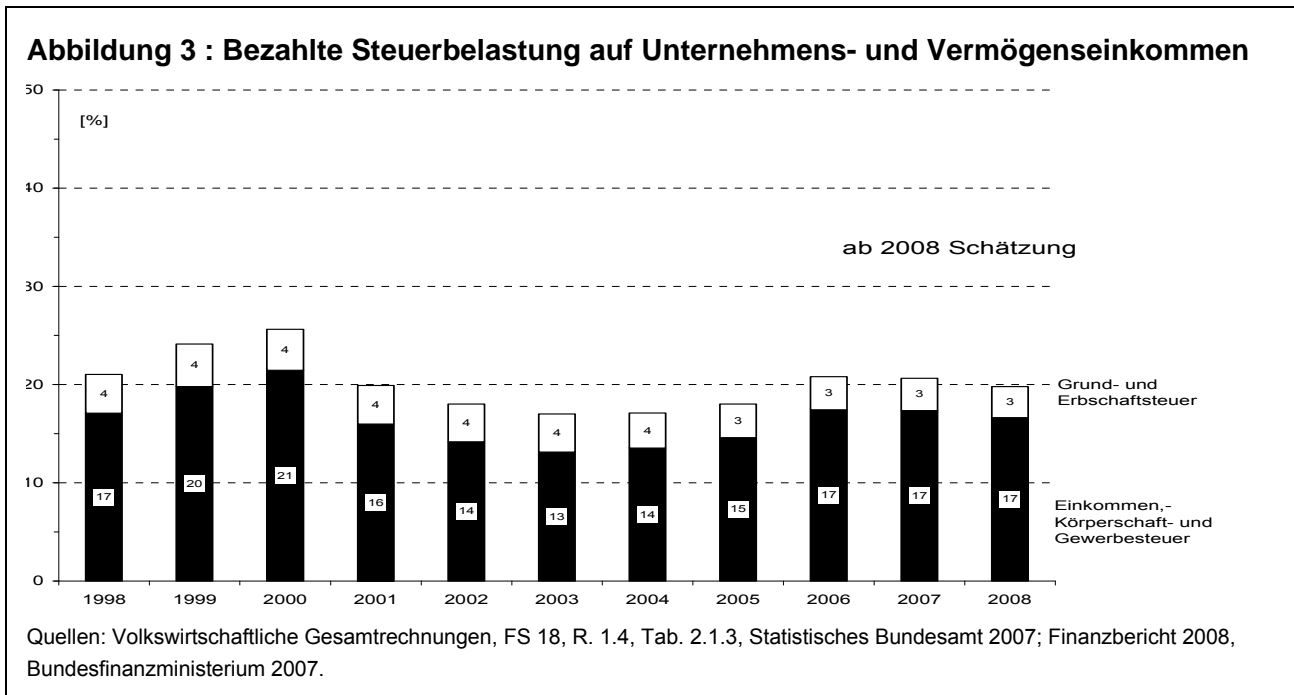
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, FS 18, R. 1.4, Tab. 2.1.8, Statistisches Bundesamt 2007: Dort ist die tatsächliche Lohnsteuer, nicht die kassenmäßige Lohnsteuer nach Verrechnung mit ausbezahltem Kindergeld (wie in Jarass/Obermair, Unternehmenssteuerreform 2008) angegeben; zudem werden die tatsächlich geleisteten, nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialbeiträge verwendet.

Noch gar nicht berücksichtigt sind hier zusätzliche Belastungen zur Sanierung des Staatshaushalts wie die Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung des Sparerfreibetrags und Abschaffung der Eigenheimzulage.

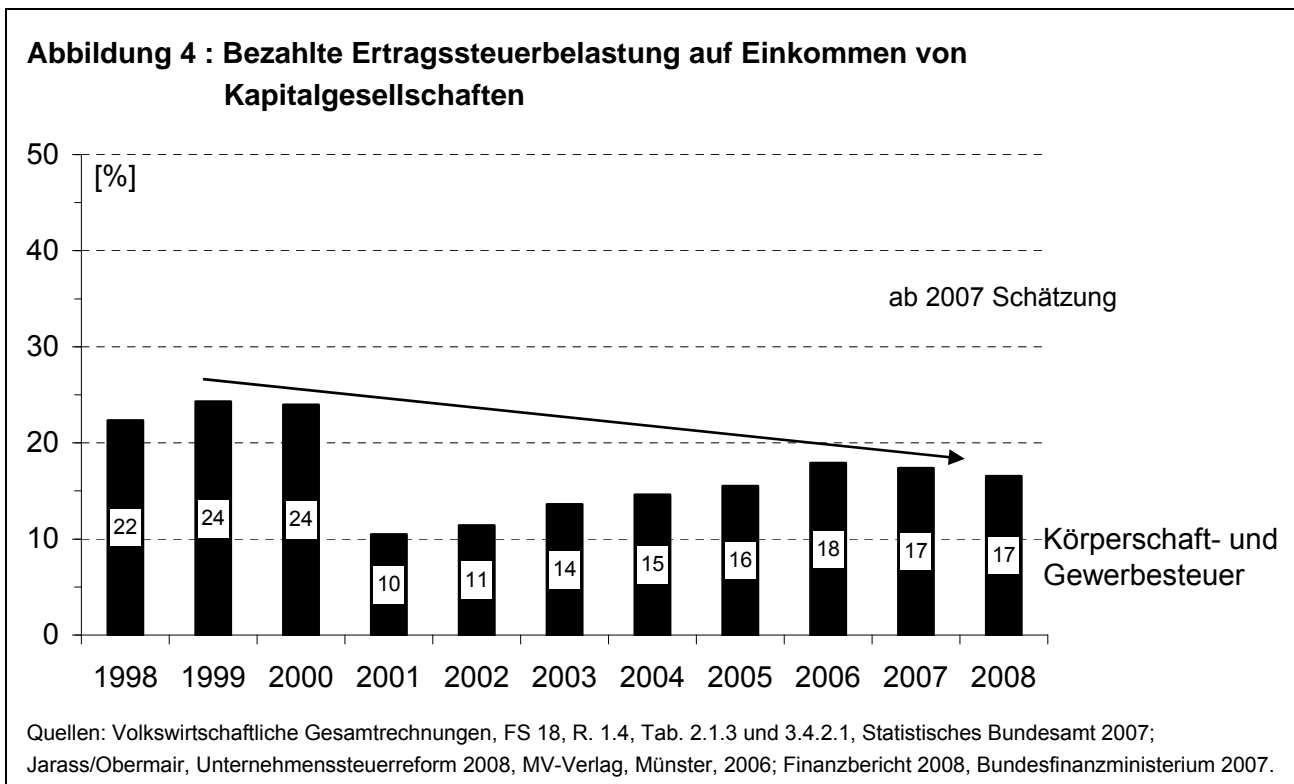
2.3 Deutschland belastet Unternehmens- und Vermögenseinkommen sehr niedrig

Die tatsächlich bezahlte Steuerbelastung von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beträgt mit deutlich unter 20% nur gut ein Drittel der Belastung von Lohnneinkommen.

Gemäß EU-Angaben hatte Deutschland (neben Griechenland) in 2004 die niedrigste tatsächlich bezahlte Steuerbelastung für Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den EU15-Ländern und seit 1995 (neben Österreich) als einziges EU15-Land eine Senkung dieser Steuerbelastung.



Die tatsächlich bezahlte Ertragssteuerbelastung (ohne Grundsteuer etc.) der Kapitalgesellschaften in Deutschland betrug 2000 noch rund 24%, sank durch die Unternehmensteuerreform 2001 drastisch auf 10% und liegt seit 2006 bei rund 17%.



Hätten die deutschen Kapitalgesellschaften den so vielfach gepriesenen slowakischen Unternehmenssteuersatz von nur 19% tatsächlich bezahlt, so wären dem deutschen Fiskus in 2005 immerhin rund 8 Mrd. € mehr zugeflossen.

Durch die Unternehmensteuerreform 2001 wurden die Steuersätze insbesondere für Kapitalgesellschaften schon drastisch gesenkt. Durch die Unternehmensteuerreform 2008

werden die nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften nochmals deutlich gesenkt, je nach örtlichem Hebesatz der Gewerbesteuer betragen sie dann nur noch mindestens 23% bis höchstens 34% (München). Dementsprechend wird auch die ohnedies weit niedrigere tatsächlich bezahlte Steuerlast erneut sinken mit Steuerausfällen von weit über 10 Mrd. € pro Jahr.

Die sehr niedrige und tendenziell weiter sinkende Steuerbelastung von Unternehmen, speziell von Kapitalgesellschaften, beruht nur zum Teil auf Senkungen der Steuersätze, noch mehr aber auf einer Vielzahl von systemwidrigen Steuerprivilegien, die vor allem international tätigen deutschen Unternehmen und internationalen Investoren zum Schaden der Allgemeinheit und der Arbeitnehmer eingeräumt wurden. In besonderem Maße haben Private Equity und Hedge Fonds von solchen Steuerprivilegien Gebrauch machen können.

3. Heuschrecken werden steuerlich angelockt

3.1 Das deutsche Steuersystem subventioniert das Ausschlachten profitabler inländischer Unternehmen

Das aus den USA schon länger bekannte Verfahren des kreditfinanzierten Firmenaufkaufs (>Leveraged Buy Out<) wird seit einigen Jahren auch in Deutschland immer häufiger praktiziert: Erwerb durch internationale Finanzierungsgesellschaften, Belastung des erworbenen Unternehmens mit Verzinsung und Tilgung des Kaufpreises, Lohnkürzungen und Entlassungen, drastische Verringerung von langfristigen Investitionen in Forschung & Entwicklung und schließlich Verlagerung oder Zerschlagung von profitablen und zuvor gesunden Unternehmen. Falls das Unternehmen die Verschuldung nicht mehr tragen kann, wird es >restrukturiert<, d.h. stückweise verkauft, Mitarbeiter werden entlassen.

Nach dem Verkauf – Wertsteigerung und Erlös sind steuerfrei – zieht der Aufkäufer zum nächsten lohnenden Objekt; und der Gesetzgeber hat diesen Heuschrecken Tür und Tor geöffnet und begünstigt sie auch noch steuerlich. Im Inland sitzende industrielle Aufkäufer erhalten diese steuerliche Unterstützung nicht und sind deshalb nur dann konkurrenzfähig, wenn sie ihre Kapitalverwaltung ins Ausland verlegen. Dadurch werden auch bisher in Deutschland tätige Finanzprovider massiv benachteiligt und ihre Arbeitsplätze durch die deutsche Steuerpolitik ins Ausland vertrieben.

Erfolgreiche inländische (mittelständische) Konkurrenten müssen weiter voll Steuern bezahlen, sind deshalb nicht mehr dauerhaft konkurrenzfähig und werden früher oder später von den internationalen Fonds aufgekauft.

3.2 Die deutschen Arbeitnehmer sind die Hauptleidtragenden von Firmenaufkäufen

Die Krisen der Banken und der meist in Steueroasen ansässigen Hedge Fonds und ihre Folgen für die Geldanleger werden intensiv thematisiert, aber viel weniger die Folgen für die Beschäftigten der von ihnen gehaltenen Unternehmen und damit für den Arbeitsmarkt: Bankenrisen und Firmenzusammenbrüche kosten reiche Leute unter Umständen viel Geld, die Arbeitnehmer aber die Existenzgrundlage.

Einer der größten Kapitalgeber für Hedge Fonds und Private Equity Fonds sind Pensionskassen, schon seit Längerem in den USA, aber in wachsendem Umfang auch in Europa. Wo Pensionskassen das angesparte Vermögen der Beschäftigten aus Renditegründen immer mehr solchen hochspekulativen Fonds anvertrauen, kann die Altersversorgung der Beschäftigten beim Zusammenbruch der Fonds in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn der Staat nicht mit Steuergeldern einspringt. Ganz abgesehen davon finanzieren die Beschäftigten durch ihre Ersparnisse genau die spekulativen Aufkäufer, die ihren Unternehmen besonders hohe Renditeziele vorgeben und damit den Arbeitsdruck erhöhen und Rationalisierungsbestrebungen vorantreiben.

Übrigens: Die Bundesregierung will zukünftig den Spielraum von Private Equity Fonds und von Hedge Fonds in Deutschland erweitern. Künftig dürfen nämlich deutsche Lebensversicherer 10% statt bisher 5% in derartige Fonds und Rohstoffanlagen investieren. Dies mag kurzfristig deren Rendite erhöhen, führt aber gleichzeitig zum Risiko eines totalen Kapitalverlusts und zu einer weiteren Destabilisierung der Volkswirtschaft.

3.3 Finanzkapital ist in Deutschland keineswegs knapp

Der Gesetzgeber hat bisher die wachsende Privilegierung internationaler Finanzinvestoren durch die geltenden Steuergesetze akzeptiert, weil angeblich in Deutschland zu wenig Finanzkapital vorhanden sei, und deshalb dringend zusätzliches ausländisches Finanzkapital ins Land geholt werden müsse.

Die in Deutschland ansässigen Unternehmen haben 2005 ihren Finanzierungsbedarf zu fast 90% aus eigenen Mitteln gedeckt, gab die Bundesbank bekannt – das ist der zweithöchste Wert seit 1991. Die erwirtschafteten Beträge waren sogar höher als die Sachinvestitionen. >>Dank ihrer günstigen Finanzlage hielt sich der externe Mittelbedarf der Firmen mit nur 16 Milliarden Euro in sehr engen Grenzen<<, so die Bundesbank. Von einem generellen Mangel an Eigenkapital, der besondere Anreize für ausländische Investoren erfordert, kann keine Rede sein.

3.4 Private Equity sorgt nicht für Wagniskapital

Das Kerngeschäft der Private-Equity-Branche ist der kreditfinanzierte Firmenkauf. Auf den Aufkauf großer und bereits bestehender Firmen entfielen 2006 fast 90% des Geldes, das die Fonds in Deutschland anlegten. Beteiligungen an High-Tech-Neugründungen machten hingegen nur einen kleinen Anteil aus: Gerade mal 6% ihrer Ausgaben investierte 2006 die Private-Equity-Branche nach ihren eigenen Angaben in Start-ups. In der Bundesrepublik kommt das Risikokapital aus anderen Quellen: aus der Forschungsförderung, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder den Landesbanken.

3.5 Wettbewerbsverzerrung durch Steuerprivilegien

Deutsche Konzerne nutzen Spielräume zur Steuergestaltung, doch selbst sie können Schlupflöcher nicht so ausnutzen wie Private Equity und Hedge Fonds. Der international tätige Erwerber hat allein durch die erreichte Steuerfreistellung der Unternehmenserträge einen erheblichen Wertzuwachs seiner Beteiligung erreicht. Die Folge: Die Fonds können

höhere Kaufpreise zahlen als andere Investoren und kommen so häufiger zum Zug, eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber regulierten und voll steuerpflichtigen Konkurrenten. Diese Schieflage sollte nicht weiter verstärkt werden.

3.6 Beispiele GROHE AG und FTE-Automotive

Beispiel GROHE AG: Der Kauf der GROHE AG durch einen Private Equity Fond erfolgte schon 1999, doch erst 2005 mit dem Wiederverkauf des inzwischen völlig überschuldeten Unternehmens zum Zwecke der „Restrukturierung“, d.h. Entlassung der meisten Mitarbeiter in Deutschland, Schließung von Werken, Verlagerung der Produktion ins Ausland, erlangte dieser Fall große öffentliche Beachtung. Dies ist kein Einzelfall, sondern es läuft überall nach dem gleichen Strickmuster.

Beispiel FTE-Automotive: FTE in Nordbayern ist ein weiteres Beispiel, wie hilflos trotz massiven Einsatzes die Belegschaft einer solchen ganz legalen, für die Aufkäufer höchst profitablen Betriebsvernichtung gegenüber steht. Das Unternehmen, bis 1993 im Besitz der Schweinfurter FAG Kugelfischer, ist einer der weltweit führenden Hersteller von Automobil- und Motorrad-Hydraulik. Nach mehrfachem Eigentümerwechsel erwarb die britische HG-Capital die Firma Ende 2002 für 180 Mio. € und verkaufte sie Anfang 2005 für 370 Mio. € an die französische Investorengesellschaft PAI Partners, nach Firmenangaben „eine der ältesten und erfahrensten Private Equity Firmen in Europa“. Unmittelbar danach setzte die offenbar schon beim Eigentumsübergang kalkulierte „Restrukturierung“ ein, die wohl den hohen Kaufpreis begründet: Im nordböhmischen Podbořany wurde eine tschechische Tochter gegründet, ca. 500 Arbeitsplätze werden in Deutschland abgebaut, die Kosten dafür und für die Finanzierung der tschechischen Investitionen werden in Deutschland steuerlich abgesetzt; die Löhne der neuen tschechischen Mitarbeiter werden für ein Jahr von Tschechien übernommen.

„Wie bitte schön sollen wir da konkurrieren?“, fragen zwei engagierte FTE-Mitarbeiterinnen in einem Brief an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages und an die fränkischen Abgeordneten. Eine gute Frage: Hier liegen in der Tat die Sanierungsaufgaben, die Regierung und Parlament endlich angehen sollten, ohne sich vom zu erwartenden publizistischen Sperrfeuer der Lobbyisten des internationalen Spekulationskapitals und seiner Verbündeten in Wirtschaft und Wissenschaft abschrecken zu lassen.

3.7 Ergebnis: Begünstigung des Exports von Arbeitsplätzen, Diskriminierung von Arbeitsplätzen in Deutschland

Neben den Steueraufkommensverlusten resultiert ein weiterer negativer Effekt dieser zur Erhöhung der Eigenkapitalrendite freiwillig herbeigeführten hohen Schuldzinsbelastung: Wegen der unabhängig von der Ertragslage anfallenden und zudem extrem hohen Zinsbelastung kommen die übernommenen Firmen bei schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung leicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Sie bauen dann massiv Stellen ab und werden schließlich vom neuen Eigentümer ausgeschlachtet und zerschlagen.

Im wirtschaftlichen Ergebnis wird damit der Export von Arbeitsplätzen steuerlich begünstigt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland steuerlich diskriminiert. Das deut-

sche Steuersystem wirkt derzeit geradezu als Einladung an internationale Finanzinvestoren, innovative und profitable, insbesondere auch eigentümergeführte Unternehmen aufzukaufen und ihnen den Kaufpreis aufzuhalsen: Die Transformation dieser Betriebe in die Manövriermasse globaler Finanz- und Steuerstrategen wird steuerlich prämiert.

Statt kurzfristiger Finanzinvestitionen sollten langfristige Realinvestitionen gefördert werden. Stimmrechte, die mit der Haltedauer der Aktie wachsen, sowie eine deutlich verlängerte Haltedauer von Aktienoptionsprogrammen würden langfristig orientierte Investitionen insbesondere in Forschung und Entwicklung begünstigen. Eine Börsenumsatzsteuer und eine Steuer auf Veräußerungsgewinne würden kurzfristige Transaktionen angemessen verteuern. Dadurch würde die systematische Benachteiligung inländischer Realinvestoren gegenüber internationalen Finanzinvestoren verringert werden.

4. Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge ist systemwidrig und ungerecht

4.1 Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge diskriminiert Eigenkapitaleinsatz

Ohne die Steinbrück-Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Fremdfinanzierungsaufwendungen beim Unternehmen führt die Abgeltungssteuer zu einer noch stärkeren Privilegierung von Kreditfinanzierung gegenüber Eigenkapital: Ausgeschüttete Gewinne werden zukünftig mit rund 48% besteuert, nämlich mit 30% im Unternehmen, der Rest mit 25% beim Empfänger. Schuldzinsen werden zukünftig nur mit 28% besteuert, nämlich mit 4% im Unternehmen, der Rest mit 25% beim Empfänger, ein Renditeplus für die Fremdfinanzierung von fast 20%-Punkten. Gerade inländische mittelständische Unternehmer werden dadurch noch stärker als bisher veranlasst, ihr Unternehmen statt mit Eigenkapital nun mit Fremdkapital zu finanzieren.

Auch ausländische Eigentümer werden weiterhin soweit irgendwie möglich nur Fremdkapital in Deutschland einsetzen, weil Gewinne in Deutschland beim Unternehmen zukünftig mit 30% besteuert werden gegenüber nur rund 4% für ausbezahlte Schuldzinsen: ein Renditeplus für die Fremdfinanzierung von ca. 25%-Punkten.

Wegen der resultierenden hohen Schuldzinszahlungen werden die Unternehmen in Krisensituationen noch anfälliger und die Arbeitsplätze noch unsicherer.

4.2 Abschaffung der Kontrollmitteilungen ist kontraproduktiv

Warum sollte ein Deutscher, der derzeit seine Zinsen (illegal) steuerfrei in der Schweiz einstreicht, plötzlich die Erträge in Deutschland versteuern, bloß weil der Steuersatz von maximal 42% auf nun maximal 25% gesenkt wird? Das geschieht doch nur, wenn gleichzeitig massive Maßnahmen gegen Steuerbetrug ergriffen werden und – wie in den USA – alle Informationsquellen zur Risikoerhöhung für Steuerhinterzieher genutzt werden; die Bundesregierung hingegen will zukünftig alle automatischen Kontrollmitteilungen abschaffen. Damit entpuppt sich die Abgeltungssteuer als reine Steuersatzsenkung ohne nennenswerte Anreize zur Erhöhung der Steuerehrlichkeit, jedenfalls für im Ausland angelegte Gelder.

4.3 Kirchhof-25%-Modell wird nun umgesetzt, aber nur für Unternehmer, Freiberufler und Sparer

Vor der letzten Bundestagswahl im Herbst 2005 fand das Kirchhof-25%-Modell bei den Wählern keine Akzeptanz und es wurde deshalb von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgezogen. Hinreichend lange vor der nächsten Bundestagswahl haben die Wähler keine Macht. Das 25%-Modell wird nun umgesetzt, aber – in einem ersten Schritt – nur für Unternehmer, Freiberufler und Sparer:

- Einbehaltene Unternehmensgewinne (auch von Freiberuflern! und Landwirten) werden zukünftig mit gut 25% besteuert, private Kapitalerträge mit maximal 25%.
- Nur noch Löhne werden dann mit bis zu 45% besteuert, die höhere Mehrwertsteuer finanziert die resultierenden massiven Steuerausfälle.

Ergebnis: Von 100 € Mehrkosten des Arbeitgebers für eine Lohnerhöhung bleibt einem typischen Arbeitnehmern mit 2.500 Monatsbrutto nur 40 € netto, von 100 € Gewinnerhöhung bleiben den Unternehmen hingegen zukünftig 70 € netto.

Damit ist die weitere Entwicklung vorgezeichnet: Auch für die gut verdienenden Arbeitnehmer werden im nächsten Schritt die Spitzensteuersätze gesenkt, die daraus resultierenden Steuerausfälle wird man wieder durch Erhöhung der indirekten Steuern und durch massive Kürzungen bei Arbeitslosen und Rentnern gegenfinanzieren.

5. Einkommensteuerreform 2006/07: Nur die Arbeitnehmer zahlen mehr

Angeblich sinken in den letzten Jahren die Steuereinnahmen, weil die Konjunktur lahmt. Die Bevölkerung soll den Gürtel enger schnallen, weil es angeblich nichts mehr zu verteilen gibt. Die Ausgaben werden den sinkenden Einnahmen angepasst durch Verringerung der öffentlichen Investitionen und Einschnitte im Sozialbereich.

Einige Beispiele: Ab 2006 wurde die Steuerfreiheit von Abfindungen bei Kündigungen u.Ä. (bisher max. rund 10.000 €) abgeschafft, Veräußerungsgewinne bei Betriebsaufgabe hingegen weiterhin bis zu 5 Mio. € steuerbegünstigt: Wer hat, dem wird gegeben. Ab 2007 können Lohnabhängige nur noch ab 20 km ihre Fahrtkosten zum Arbeitsplatz geltend machen, Selbstständige und Arbeitgeber wie ein geringer Teil der Lohnabhängigen versteuern die Privatnutzung ihrer Firmenfahrzeuge wie bisher pauschal.

Ab 2007 wurde der Sparerfreibetrag fast halbiert auf 750 € pro Jahr. Das erwartete Steuermehraufkommen von rund 2 Mrd. € entspricht etwa dem Minderaufkommen, das durch die ab 2009 beschlossene Abgeltungssteuer von 25% resultiert (vgl. Unternehmenssteuerreform 2008, Kap. 10.2(9)).

6. Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von gesetzlichen Sozialabgaben ist widersinnig und ungerecht

Seit 2006 können sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nur noch max. 1.500 € für ihre Arbeitnehmerbeiträge zur Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung steuerlich geltend machen (mit Übergangsregelungen, trotzdem eine weitere Verschlechterung gegenüber der bisher

schon unfairen Beschränkung). Alle derartigen Arbeitnehmerbeiträge für einen Bruttolohn von über rund 1.200 € müssen aus versteuertem Einkommen bezahlt werden.

Gleichzeitig können ab 2008 bis zu jährlich 2.100 € ('Riester-Rente') und bis zu 20.000 € jährlich ('Rürup-Rente') aus un versteuertem Lohn gespart werden, während gesetzlich vorgeschriebene Beiträge in wachsendem Umfang aus versteuertem Lohn geleistet werden müssen.

Zukünftig sollten deshalb alle gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben von der Steuer abgesetzt werden können bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Förderung für Privatrenten.

7. Zusammenfassung

Unternehmenssteuerreform 2008:

- Nachhaltige Steuerausfälle von jährlich über 10 Mrd. €, finanziert v.a. durch höhere Mehrwertsteuer und niedrigere Pendlerpauschale.
- Die steuerliche Subventionierung des Arbeitsplatzexports und die Zerschlagung inländischer Firmen ('Heuschrecken') werden fortgesetzt, die Arbeitnehmer finanzieren mit ihren Lohnsteuern den Export ihres eigenen Arbeitsplatzes.

Steuer- und Abgabenbelastungen für die Arbeitnehmer:

- Von den erkämpften 4,1% Lohnerhöhung kommen bei den Metallern also nach Steuer- und Abgabenbelastung nur gut ein Drittel in der Geldbörse an.
- Von 100 € Mehrkosten des Arbeitgebers für eine Lohnerhöhung bleiben einem typischen Arbeitnehmer mit 2.500 € Monatsbrutto nur 40 € netto, von 100 € Gewinnerhöhung bleiben den Unternehmen hingegen 70 € netto.

Davon handelt unser neues Buch, dem auch der Großteil der dargestellten Ideen und gezeigten Schaubilder entnommen ist:

L. Jarass und G.M. Obermair:

Unternehmenssteuerreform 2008 - Kosten und Nutzen der Reformvorschläge. MV-Verlag, Münster, 2006; versandkostenfrei lieferbar für 11,50 € bei <http://www.mv-buchhandel.de>.

L. Jarass und G.M. Obermair:

Steuerliche Aspekte von Private Equity und Hedge Fonds unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform 2008. Edition Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 202, Düsseldorf, ca. Nov. 2007; siehe auch www.JARASS.com.

Hans-Böckler-Stiftung: Die Deals der Finanzinvestoren, Magazin Mitbestimmung, Ausgabe 09/2007.